

Flüchtlinge unter uns: Asyl – ein Menschenrecht

Seit November letzten Jahres leben in Grafrath wieder mehrere Flüchtlingsfamilien. Sie kommen alle aus Syrien. Sie sind vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat geflohen, sie haben in permanenter Angst um ihr Leben und das ihrer Angehörigen gelebt und eine gefährvolle Flucht durchgestanden, in der Hoffnung auf ein sicheres und menschenwürdiges Leben im Asyl. Inzwischen leben über 30 Flüchtlinge auf zwei Häuser verteilt in Grafrath, mehrere Kinder besuchen die Grafrather Schule. Diese positive Situation ist keineswegs selbstverständlich, sondern ist einer Gruppe von Grafrather Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die sich zu einem Helferkreis zusammengeschlossen haben und die Asylsuchenden in vielerlei Hinsicht unterstützen. Die HelferInnen begleiten Flüchtlinge auf Behörden und zu Ärzten, sprechen mit der Schule und bieten kostenfreie Deutschkurse und Hausaufgabenhilfe an. Für die Wohnungen werden nötige Möbel und Haushaltsgegenstände gespendet. Alle Familien haben Ansprechpartner im Helferkreis und damit oft den ersten Kontakt zur deutschen Bevölkerung.

Bayerische Asylpolitik – eine Politik der Ausgrenzung

Leider ist die Situation für die meisten AsylbewerberInnen in Bayern weitaus schlechter. Nicht erst seit dem Hungerstreik der Flüchtlinge in München gibt es Proteste gegen die bayerische Asylpolitik, schon 2012 kam es in Würzburg zu Protesten. Die Flüchtlinge protestieren gegen die Unterbringung in oft maroden und abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften, gegen die demütigende und entmündigende Versorgung mit Essenspaketen, gegen die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht, gegen Ausbildungs- und Arbeitsverbote. Durch diese restriktiven Vorgaben werden die Asylsuchenden gezielt ausgegrenzt; hier zeigt sich, dass die bayerische Flüchtlingspolitik noch immer geprägt ist von Misstrauen und Bevormundung. Denn im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern hält Bayern an dieser menschenverachtenden Politik fest, die eine Politik der Ausgrenzung ist, die klar zeigt, dass Integration der Flüchtlinge in Bayern grundsätzlich nicht erwünscht ist. Im Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz bekräftigt, dass alle Hilfebedürftigen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus, ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben; dies bedeutet ein Mindestmaß an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Diesem Anspruch wird die bayerische Asylpolitik nicht gerecht. Noch vor 4



Jahren hat der bayerische Innenminister Herrmann verhindert, einen umstrittenen Passus in der Asyl-durchführungsverordnung zu streichen, wonach die Art der Unterbringung die „Rückkehrbereitschaft in die Heimatländer fördern“ soll. Vor wenigen Tagen wurde auf öffentlichen Druck dieser Passus gestrichen. An der Unterbringungssituation der Flüchtlinge ändert dies jedoch nichts.

Flüchtlingssituation in Bayern

Seit dem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen in den letzten beiden Jahren verschlechterten sich die Wohnsituation und die Betreuung der AsylbewerberInnen nochmals rapide. Die Wohnheime sind überfüllt, das Personal überlastet. Containerwohnungen liegen meist abgelegen und isolieren die BewohnerInnen. Inzwischen werden Turnhallen für die Unterbringung vorbereitet. Die Bearbeitungen der Asylanträge dauern bis zu 3 Jahre. In dieser Zeit des Wartens sind AsylbewerberInnen in der Regel verpflichtet in einer Massenunterkunft zu leben, das heißt drangvolle Enge und keine Privatsphäre. Die medizinische Versorgung ist stark eingeschränkt. Für AsylbewerberInnen besteht im ersten Jahr ein generelles Arbeitsverbot. Danach



dürfen die Flüchtlinge weitere 3 Jahre nur mit Erlaubnis der Arbeitsagentur eine Tätigkeit aufnehmen, da diese überprüft (Vorrangigkeitsprüfung), ob nicht ein EU-BürgerIn für die Arbeit bereitsteht. In der Regel dauern diese Prüfungen 3 Wochen und werden häufig abgelehnt. Kaum ein ArbeitgeberIn ist bereit so lange zu warten, was die Arbeitssuche für AsylbewerberInnen erheblich erschwert.

Viele der Asylsuchenden, die eine Flucht bis in unser Land geschafft haben, mussten schreckliche Erfahrungen machen, sei es durch Kriegserlebnisse in der Heimat, Bedrohungen und Misshandlungen, gewaltsame Trennung der Familie und durch die oft lebensgefährlichen Fluchterlebnisse (2012 haben mehr als 1500 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ihr Leben verloren). Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie alle erhoffen sich eine menschenwürdige Zukunft. Viele würden sofort in ihre Heimat zurückkehren, wenn es dort keine Bedrohung mehr gäbe. Sie alle haben Angst davor, gerade dorthin wieder abgeschoben zu werden. In Deutschland leben 87.000 Menschen mit Aufenthaltsbefristung. Diese Situation, Leben auf Abruf, belastet die Flüchtlinge enorm. Eine Rückkehr in die Heimat ist für fast alle undenkbar. Immer droht die Abschiebung und somit ist eine solide Lebensplanung äußerst schwierig. Ausbildung, Arbeitsstelle und Wohnung ist bei Befristung des Aufenthalts kaum zu finden.

Im Jahre 2012 hat das Bundesamt für Migration über mehr als 60 000 Asylanträge entschieden. Nur 0,9 % bekamen eine Anerkennung als Asylberechtigte, 32% bekamen keine Anerkennung, aber befristeten Flüchtlingschutz und Abschiebeverbote. Schnell abgeschoben wurden Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien (meist Roma) die mittels pauschaler Ablehnungsschnellverfahren sofort abgeschoben wurden. AsylbewerberInnen aus Afghanistan, Irak, Syrien und Soma-

lia warten oft zwei Jahre und länger auf die Entscheidung. Zudem können Flüchtlinge in andere EU-Staaten abgeschoben werden, da sie im Ersteinreiseland ihren Asylantrag stellen müssen.

Grüne Asylpolitik fordert Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Bayern

Teilhabe statt Ausgrenzung heißt

- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Abschaffung der Residenzpflicht
- Großzügige Aufenthaltserlaubnis
- Abschaffung der Abschiebehaft

Unsere „neuen MitbürgerInnen“ in Grafrath haben denkbar günstige Bedingungen, wenngleich auch sie mit Traumatisierung und Alltagsproblemen konfrontiert sind. Bürgerliches Engagement hilft hier weiter und ist für die Helfenden eine Bereicherung durch neue Erfahrungen und Begegnungen.

Keinesfalls darf sich die Politik auf ehrenamtliche Arbeit verlassen. Im Landkreis FFB leben fast 400 AsylbewerberInnen, die meisten mit minimaler Betreuung in Massenunterkünften. Die Menschen benötigen dringend professionelle Hilfe, um eine Integrationschance in unserem Land zu bekommen.

Keine Entscheidung ohne die Vereinten Nationen

Ein Einsatz von Giftgas in Syrien darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Ein militärischer Eingriff würde jedoch mehr schaden als nützen. Die Grünen setzen stattdessen auf eine politische Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen.

